

Statuten der Berner Kantonalbank AG

Inhaltsverzeichnis

I. Firma, Sitz, Dauer und Zweck der Gesellschaft.....	3
II. Finanzstruktur	5
III. Organe der Gesellschaft.....	8
IV. Vergütungen an den Verwaltungsrat und an die Geschäftsleitung	17
V. Bilanz, Gewinnverteilung, Reservefonds	19
VI. Auflösung und Liquidation der Gesellschaft.....	20
VII. Bekanntmachung	21

I. Firma, Sitz, Dauer und Zweck der Gesellschaft

Art. 1

Firma, Sitz
und Dauer

¹ Unter der Firma Berner Kantonalbank AG (Banque cantonale bernoise SA) besteht auf unbeschränkte Dauer eine Aktiengesellschaft im Sinne von Art. 620 ff. des schweizerischen Obligationenrechts mit Sitz in Bern.

² Die Gesellschaft unterhält Niederlassungen.

Art. 2

Zweck

¹ Die Bank bezweckt als Universalbank die Besorgung aller banküblichen Geschäfte. Sie unterstützt den Kanton und die Gemeinden in der Erfüllung ihrer Aufgaben und fördert die volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung im Kanton.

² Bei der Verfolgung ihres Gesellschaftszwecks strebt die Bank Nachhaltigkeit und langfristigen Mehrwert an.

³ Zur Geschäftstätigkeit gehören insbesondere

1. Entgegennahme von Geldern in allen bankgemässen Formen, einschliesslich Spareinlagen;
2. Anlage und Ausleihung von Geldern (wie Kredite, feste Vorschüsse und Darlehen aller Art mit oder ohne Deckung, grundpfandgesicherte Kredite und Darlehen, Export-, Akzept- und Kleinkredite, Geldmarktanlagen);
3. Abwicklung des Zahlungsverkehrs sowie von Akkreditiven und Dokumentarinkassi;
4. Übernahme von Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen;
5. Ausstellung sowie Diskontierung und Inkassi von Wechseln und Checks;
6. An- und Verkauf von Devisen, ausländischen Banknoten, Edelmetallen sowie damit verwandte Geschäfte;
7. Durchführung von und Teilnahme an Emissionen von Aktien, Obligationen und anderen Wertpapieren;
8. An- und Verkauf von Wertpapieren sowie Börsengeschäfte für eigene und fremde Rechnung;
9. Abschluss von Geld- und Kapitalmarktgeschäften mit Einschluss von Swaps und Derivaten für eigene und fremde Rechnung;
10. Ausführung von oder Beteiligung an Forfaitierungs-, Leasing- und Factoringgeschäften;
11. Anlageberatung, Verwaltung und Aufbewahrung von Wertpapieren, Wertrechten und Wertgegenständen, Einlösung von Coupons sowie Vermietung von Schrankfächern;

12. Beratung in Steuer- und Erbschaftsangelegenheiten sowie Durchführung von Willensvollstreckungen und Erbschaftsliquidationen;
13. Abwicklung von Treuhandgeschäften;
14. Übernahme der Funktion als Zeichnungsstelle und als Depotbank von Anlagefonds.

⁴ Konkretisierende Bestimmungen zum Gesellschaftszweck werden im Organisations- und Geschäftsreglement getroffen.

⁵ Der Hauptmarkt der Bank ist der Kanton Bern. Die Bank kann Dienstleistungen auch in andern Kantonen anbieten.

⁶ Auslandsgeschäfte kann die Bank nur im begrenzten Rahmen tätigen. Der generelle Plafond für Auslandsgeschäfte beträgt dabei fünf Prozent der Bilanzsumme und darf im Durchschnitt während dreier Jahre nicht überschritten werden. Der Verwaltungsrat regelt die Einzelheiten im Organisations- und Geschäftsreglement. Nicht unter den Fünf-Prozent-Plafond fallen Geldanlagen bei und Geldhandels- und Devisengeschäfte mit erstklassigen ausländischen Banken mit Laufzeiten bis zu zwölf Monaten.

⁷ Die Bank kann Zweigniederlassungen innerhalb des Espace Mittelland und Tochtergesellschaften errichten sowie generell sich an andern Unternehmen beteiligen und Grundeigentum erwerben.

II. Finanzstruktur

Art. 3

Aktienkapital, Aktien Das Aktienkapital beträgt 186 400 000 Franken, eingeteilt in 9 320 000 voll einbezahlte und auf den Namen lautende Aktien von 20 Franken Nennwert.

Art. 3a

Bedingtes Aktienkapital Das Aktienkapital der Gesellschaft wird unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre um maximal 5 000 000 Franken nominal erhöht durch Ausgabe von maximal 250 000 neuen, voll zu liberierenden Namenaktien von je 20 Franken Nennwert an zum Bezug berechnete Arbeitnehmer gemäss dem Kader- und Mitarbeiterbeteiligungsprogramm der Gesellschaft. Für die neuen Namenaktien gelten die in Art. 5 der Statuten enthaltenen Beschränkungen der Übertragbarkeit.

Art. 4

Aktienbuch ¹ Im Aktienbuch der Gesellschaft mit einer Rubrik «Aktionärinnen und Aktionäre ohne Stimmrecht» und einer Rubrik «Aktionärinnen und Aktionäre mit Stimmrecht» werden die Eigentums- oder Nutznießungsberechtigten der Aktien mit Name und Adresse aufgeführt.

² Als Aktionärin oder Aktionär sowie als Nutzniesserin oder Nutzniesser gilt gegenüber der Gesellschaft nur, wer in einer dieser beiden Rubriken gültig eingetragen ist. Nur diese Person kann gegenüber der Gesellschaft, unter Vorbehalt der statutarischen Beschränkungen, die Rechte aus ihren Aktien ausüben.

³ Die Aktionärin und der Aktionär ohne Stimmrecht können weder das Stimmrecht noch die mit dem Stimmrecht zusammenhängenden Rechte ausüben. Die Aktionärin und der Aktionär mit Stimmrecht können alle mit der Aktie verknüpften Rechte ausüben.

Art. 5

Übertragung von Namenaktien ¹ Die Übertragung der als Bucheffekten geführten Namenaktien und die Bestellung von Sicherheiten an diesen richten sich nach den Bestimmungen des Bucheffektengesetzes. Eine Übertragung oder Bestellung von Sicherheiten durch schriftliche Abtretungserklärung (Zession) ist ausgeschlossen.

² Die Übertragung von Namenaktien auf eine neue Eigentümerschaft und deren Eintragung ins Aktienbuch bedürfen der Genehmigung des Verwaltungsrats. Nach dem Erwerb von Aktien und gestützt auf ein Gesuch um Anerkennung als Aktionärin oder Aktionär wird jede erwerbende Person als Aktionärin oder Aktionär ohne Stimmrecht betrachtet, bis sie die Gesellschaft als Aktionärin oder Aktionär mit Stimmrecht anerkannt hat. Lehnt der Verwaltungsrat das Gesuch um

Anerkennung der erwerbenden Person nicht innert 20 Tagen ab, so ist diese als Aktionärin oder Aktionär mit Stimmrecht anerkannt.

³ Der Verwaltungsrat ist berechtigt, die Eintragung einer erwerbenden Person als stimmberechtigte Aktionärin oder stimmberechtigter Aktionär zu verweigern,

- a. wenn eine einzelne Aktionärin oder ein einzelner Aktionär mehr als fünf Prozent des Aktienkapitals der Gesellschaft auf sich vereinigt, wobei juristische Personen und Personengesellschaften, andere Personenzusammenschlüsse oder Gesamthandverhältnisse, die untereinander kapital- oder stimmenmässig, durch eine einheitliche Leitung oder auf andere Weise verbunden sind, sowie natürliche oder juristische Personen oder Personengesellschaften, die im Hinblick auf eine Umgehung der Eintragungsbeschränkung (insbesondere als Syndikat) vorgehen, in Bezug auf die Eintragung in das Aktienregister als eine Aktionärin gelten.

Die Begrenzung auf fünf Prozent gemäss den vorstehenden Bestimmungen ist auch anwendbar im Falle der Zeichnung oder des Erwerbs von Namenaktien in Ausübung von Bezugs-, Options- oder Wandelrechten, die mit den durch die Gesellschaft oder Dritte ausgegebenen Wertpapieren verbunden sind.

Der Kanton Bern ist von der Eintragungsbegrenzung befreit.

- b. wenn eine einzelne Aktionärin oder ein einzelner Aktionär auf Verlangen hin nicht ausdrücklich erklärt, dass die Aktien in eigenem Namen und auf eigene Rechnung erworben worden sind, dass keine Vereinbarung über die Rücknahme oder Rückgabe entsprechender Aktien besteht und dass sie respektive er das mit den Aktien verbundene wirtschaftliche Risiko trägt. Die Eintragung kann nicht aus dem Grund verweigert werden, dass das Gesuch durch die Bank der erwerbenden Person gestellt wurde.
- c. soweit und solange ihre Anerkennung die Gesellschaft daran hindern könnte, durch Bundesgesetze geforderte Nachweise über die Zusammensetzung des Kreises der Aktionärinnen und Aktionäre zu erbringen.

⁴ Um die Handelbarkeit der Aktien an der Börse zu erleichtern, kann der Verwaltungsrat durch Reglement oder im Rahmen von Vereinbarungen mit Börsen- und Finanzinstituten den treuhänderischen Eintrag zulassen und aus diesem Grunde von der oben erwähnten Begrenzung auf fünf Prozent abweichen.

⁵ Der Verwaltungsrat ist berechtigt, die Genehmigung und die Eintragung im Aktienbuch, welche unter Verwendung falscher Angaben erlangt worden sind, nach Anhörung der betroffenen Person mit Rückwirkung auf das Datum der Eintragung rückgängig zu machen.

Art. 6

Angebotspflicht
gemäss FinfraG

Die Angebotspflicht gemäss Art. 135 und 163 Bundesgesetz über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastrukturgesetz, FinfraG) ist ausgeschlossen.

Art. 7

Aktientitel

¹ Die Namenaktien der Gesellschaft werden als Wertrechte ausgegeben und als Bucheffekten geführt.

² Jede Aktionärin und jeder Aktionär kann von der Gesellschaft jederzeit die Ausstellung einer Bescheinigung über die in ihrem/seinem Eigentum stehenden Namenaktien verlangen, hat jedoch keinen Anspruch auf Druck und Auslieferung von Urkunden für Namenaktien oder auf Umwandlung der ausgegebenen Namenaktien in eine andere Form gemäss Bucheffektengesetz.

³ Die Gesellschaft kann die Namenaktien jederzeit ohne Zustimmung der Aktionärinnen und Aktionäre in eine andere Form umwandeln sowie die als Bucheffekten geführten Namenaktien aus dem Verwahrungssystem zurückziehen.

Art. 8

Bezugsrecht

¹ Den Aktionärinnen und Aktionären steht ein ihrem bisherigen Aktienbesitz entsprechendes Bezugsrecht an neu auszugebenden Aktien zu.

² Die Generalversammlung darf das Bezugsrecht nur aus den im Gesetz vorgesehenen wichtigen Gründen aufheben oder beschränken. Als wichtige Gründe gelten insbesondere die Übernahme von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen, die Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie die Ausgabe von Wandelanleihen.

III. Organe der Gesellschaft

Art. 9

Gesellschafts-
organe

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. die Generalversammlung,
2. der Verwaltungsrat,
3. die Geschäftsleitung,
4. die Revisionsstelle.

A. Generalversammlung

Art. 10

Befugnisse
der General-
versammlung

Der Generalversammlung stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. Beschlussfassung über die Abänderung oder die Ergänzung der Statuten einschliesslich der Erhöhung und Herabsetzung des Aktienkapitals, soweit nach Gesetz hierfür nicht der Verwaltungsrat zuständig ist;
2. Genehmigung der Jahresrechnung, des Lageberichts und einer allfälligen Konzernrechnung.
3. Genehmigung des Berichts über nichtfinanzielle Belange nach Art. 964a ff. OR und gegebenenfalls anderer gesetzlich vorgeschriebener Berichte.
4. Genehmigung der Vergütungen an den Verwaltungsrat und an die Geschäftsleitung.
5. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns und Festsetzung der Dividende sowie des Zeitpunktes ihrer Auszahlung.
6. Festsetzung einer Zwischendividende und Genehmigung des dafür erforderlichen Zwischenabschlusses.
7. Beschlussfassung über die Rückzahlung der gesetzlichen Kapitalreserve.
8. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats.
9. Wahl und Abberufung:
 - a. der Mitglieder des Verwaltungsrats;
 - b. der Verwaltungsratspräsidentin oder des Verwaltungsratspräsidenten;
 - c. der Mitglieder des Vergütungsausschusses;
 - d. der unabhängigen Stimmrechtsvertretung;
 - e. der Revisionsstelle.
10. Dekotierung der Beteiligungspapiere der Gesellschaft.

11. Auflösung der Gesellschaft auch ohne Liquidation infolge Fusion der Gesellschaft auf dem Wege der Vereinigung mit einer oder der Übernahme durch eine andere Gesellschaft.
12. Beschlussfassung über weitere Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind.

Art. 11

Einberufung der General- versammlung

- ¹ Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle einberufen. Das Einberufungsrecht steht auch den Liquidatorinnen und Liquidatoren und für den Fall der Ausgabe von Obligationenanleihen der Vertretung der Anleiensgläubigerinnen und Anleiensgläubiger zu.
- ² Die ordentliche Versammlung findet alljährlich innerhalb von sechs Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt; ausserordentliche Versammlungen werden je nach Bedürfnis einberufen.
- ³ Die Generalversammlungen werden am Sitz der Gesellschaft oder an einem andern, vom Verwaltungsrat bezeichneten Ort abgehalten. Der Verwaltungsrat kann vorsehen, dass Aktionäre, die nicht am Ort der Generalversammlung anwesend sind, ihre Rechte auf elektronischem Weg ausüben können. Der Verwaltungsrat kann auch anordnen, die Generalversammlung mit elektronischen Mitteln ohne Tagungsort durchzuführen.
- ⁴ Die Einberufung einer Generalversammlung kann auch von einer bzw. einem oder mehreren Aktionärinnen und Aktionären, die zusammen mindestens fünf Prozent des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, schriftlich unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und der Anträge verlangt werden. Der Verwaltungsrat hat in diesem Falle die Generalversammlung innerhalb von 60 Tagen ab Eingang des Gesuchs einzuberufen.
- ⁵ Aktionärinnen und Aktionäre, die zusammen mindestens 0.5% des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, können bis spätestens 50 Tage vor der Generalversammlung verlangen, dass Anträge zu Verhandlungsgegenständen in die Einberufung der Generalversammlung aufgenommen werden. Mit der Traktandierung oder den Anträgen können die Aktionärinnen und Aktionäre eine kurze Begründung einreichen.

Art. 12

Einberufungs- verfahren

- ¹ Die Einberufung zur ordentlichen oder ausserordentlichen Generalversammlung erfolgt mindestens 20 Tage vor der Versammlung in der in Art. 34 vorgesehenen Form. Der Inhalt der Einberufung richtet sich nach dem Gesetz.

² Der Geschäftsbericht (inkl. Vergütungsbericht), der Bericht über nichtfinanzielle Belange und der Revisionsbericht werden spätestens 20 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung elektronisch zugänglich gemacht.

³ Über Gegenstände, die nicht in dieser Weise angekündigt worden sind, können Beschlüsse nicht gefasst werden, ausser über einen Antrag auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung, auf Durchführung einer Sonderuntersuchung und auf Wahl einer Revisionsstelle.

Art. 13

Stimmrecht,
Vertretung
von Aktien

¹ Jede Aktie berechtigt zu einer Stimme. Das mit den Aktien verknüpfte Stimmrecht und andere mit dem Stimmrecht zusammenhängende Rechte kann an der Generalversammlung nur ausüben, wer im Aktienbuch als Aktionärin oder als Aktionär mit Stimmrecht eingetragen ist.

² Eine Aktionärin oder ein Aktionär kann sich an der Generalversammlung nur durch ihre oder seine gesetzliche Vertretung, eine andere bevollmächtigte Person, die nicht Aktionärin oder Aktionär zu sein braucht, oder durch die unabhängige Stimmrechtsvertretung vertreten lassen. Der Verwaltungsrat regelt die Anforderungen an Vollmachten und Weisungen, wobei auch elektronische Vollmachten und Weisungen ohne qualifizierte elektronische Signatur zugelassen werden können.

³ Die Generalversammlung wählt die unabhängige Stimmrechtsvertretung. Ihre Amtsdauer endet mit dem Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Eine Wiederwahl ist möglich. Ist das Amt der unabhängigen Stimmrechtsvertretung vakant, ernennt der Verwaltungsrat bis zur nächsten Generalversammlung eine unabhängige Stimmrechtsvertretung.

⁴ Für die Bestimmung der Teilnahme- und Vertretungsberechtigung der Aktionärinnen und Aktionäre an Generalversammlungen ist der Stand der Aktienbucheintragungen am 10. Tag vor der Generalversammlung massgeblich.

⁵ Der Verwaltungsrat legt die Anforderungen an Vollmachten und Weisungen im Einzelnen fest. Über die Anerkennung von Vollmachten und Weisungen entscheiden die anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrats.

Art. 14

Abstimmungen
und
Wahlen

¹ Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit nicht eine zwingende Bestimmung des Gesetzes oder der Statuten etwas anderes bestimmt, ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Aktionärinnen und Aktionäre und vertretenen Aktien, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Aktienstimmen. Bei Wahlen gelten entsprechend diejenigen Kandidatinnen und

Kandidaten als gewählt, die die grösste Stimmenzahl auf sich vereinigen. Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitz der Stichentscheid zu.

² Abstimmungen und Wahlen erfolgen elektronisch. Der Vorsitz kann bestimmen, dass Abstimmungen und Wahlen offen mit Handerheben oder schriftlich erfolgen. Auf Antrag einer Aktionärin oder eines Aktionärs kann die Generalversammlung schriftliche Abstimmungen oder Wahlen beschliessen.

³ Der Vorsitz kann eine offen mit Handerheben erfolgte Abstimmung oder Wahl durch eine elektronische oder schriftliche wiederholen lassen, sofern Zweifel am Abstimmungs- bzw. Wahlergebnis bestehen. Die vorausgegangene offene Abstimmung oder Wahl gilt als nicht erfolgt.

Art. 15

Qualifiziertes
Mehr für
wichtige
Beschlüsse

¹ Wichtige Beschlüsse gemäss Art. 704 OR bedürfen zu ihrer Gültigkeit mindestens zwei Drittel der vertretenen Stimmen und die Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte.

² Beschlüsse über die Beschränkung oder die Erleichterung der Übertragbarkeit von Namenaktien sowie generell über die Änderung der Statutenbestimmungen betreffend Eintragung von stimmberechtigten Aktien ins Aktienbuch bedürfen zu ihrer Gültigkeit mindestens dreier Viertel der vertretenen Stimmen und der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte.

Art. 16

Vorsitz und
Organisation

¹ Die Präsidentin oder der Präsident des Verwaltungsrats hat den Vorsitz in der Generalversammlung, bei Verhinderung die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident oder ein anderes durch den Verwaltungsrat bestimmtes Mitglied.

² Der Vorsitz leitet die Versammlung, die Verhandlungen sowie die Abstimmungen und gibt die Resultate der Abstimmungen bekannt. Er hat die notwendigen Vollmachten, um den normalen Verlauf der Versammlung zu gewährleisten.

³ Der Vorsitz bezeichnet die Stimmzählerinnen und Stimmzähler sowie die Protokollführerin oder den Protokollführer.

⁴ Das Protokoll der Generalversammlung ist vom Vorsitz und von der Protokollführerin bzw. vom Protokollführer zu unterzeichnen. Bezüglich des Protokollinhalts wird auf Artikel 702 Absatz 2 OR verwiesen.

B. Verwaltungsrat

Art. 17

Zusammen-
setzung,
Amtsdauer
und Man-
datsbe-
schränkung

¹ Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens sieben bis höchstens elf Mitgliedern, die für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt werden. Die Amtsdauer endet mit dem Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

² Die Mitglieder des Verwaltungsrats sollen über Initiative, Unabhängigkeit, Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge sowie allgemeine Kenntnisse des Bankgeschäftes verfügen.

³ Jedes Mitglied des Verwaltungsrats darf nicht mehr als insgesamt fünfzehn weitere Mandate wahrnehmen, wovon höchstens drei bei börsenkotierten Unternehmen.

⁴ Als Mandat gelten Tätigkeiten in obersten Leitungs- und Verwaltungsorganen bei anderen Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck. Mehrere Mandate in verschiedenen Unternehmen, die zu einer Unternehmensgruppe gehören, zählen als ein Mandat.

⁵ Die Mitglieder sind wieder wählbar. Die maximale Amtsdauer beträgt zwölf Jahre.

⁶ Mitglieder, die das 70. Altersjahr erreicht haben, können nicht wiedergewählt werden.

⁷ Unter Vorbehalt der Wahlkompetenz der Generalversammlung konstituiert sich der Verwaltungsrat selbst. Er kann eine Sekretärin oder einen Sekretär, welche oder welcher nicht dem Verwaltungsrat angehören muss, bestimmen. Ist das Amt der Präsidentin oder des Präsidenten vakant, ernennt der Verwaltungsrat aus seiner Mitte für die verbleibende Amtsdauer eine Präsidentin oder einen Präsidenten.

Art. 18

Pflichten und
Befugnisse
des Verwal-
tungsrats

¹ Dem Verwaltungsrat steht die nicht delegierbare Oberleitung der Gesellschaft sowie die oberste Aufsicht und Kontrolle der Geschäftsführung zu. In diesem Rahmen hat er insbesondere folgende unübertragbaren und unentziehbaren Aufgaben:

1. Erlass des für die Organisation der Gesellschaft erforderlichen Organisations- und Geschäftsreglements und die Erteilung der dafür nötigen Weisungen an die Geschäftsleitung.
2. Beschlussfassung über die Strategie der Gesellschaft und über andere gemäss Organisations- und Geschäftsreglement dem Verwaltungsrat vorbehaltenen Gegenstände.
3. Verantwortung für die Einrichtung und Aufrechterhaltung einer den Erfordernissen der Gesellschaft und den gesetzlichen Bestimmungen genügende Rechnungslegung und Mittelfristplanung sowie für ein den gesetzlichen Anforderungen

genügendes internes und externes Revisionswesen.

4. Ernennung und Abberufung der Geschäftsleitung.
5. Ernennung und Abberufung der Leiterin oder des Leiters der internen Revision.
6. Wahl der bankengesetzlichen Revisionsstelle und Behandlung ihrer Berichte.
7. Überwachung der mit der Geschäftsführung und Vertretung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen.
8. Errichtung und Aufhebung von Tochtergesellschaften und Niederlassungen.
9. Erstellung des Geschäftsberichts, des Vergütungsberichts und des Berichts über nichtfinanzielle Belange nach Art. 964a ff. OR sowie Vorbereitung der Generalversammlung und Ausführung ihrer Beschlüsse.
10. Einreichung eines Gesuchs um Nachlassstundung und Benachrichtigung des Gerichts im Falle der Überschuldung.
11. Beschlussfassung über alle Gegenstände, welche nicht nach Gesetz oder Statuten in die Kompetenz der Generalversammlung oder eines anderen Organs fallen.

² Der Verwaltungsrat überträgt die Geschäftsführung nach Massgabe des Organisations- und Geschäftsreglements an die Geschäftsleitung.

³ Der Verwaltungsrat kann insbesondere auch aus seiner Mitte die nach seinem Ermessen erforderlichen Ausschüsse bestellen, deren Aufgaben und Organisation im Organisations- und Geschäftsreglement zu regeln sind. Er stellt jedoch in allen Fällen der Übertragung von Befugnissen sicher, dass ihm, wo nötig, regelmässig Bericht erstattet wird.

Art. 19

Einberufung
und Be-
schlüsse

¹ Der Verwaltungsrat tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern. Er wird durch seine Präsidentin oder seinen Präsidenten oder bei Verhinderung durch seine Vizepräsidentin oder seinen Vizepräsidenten oder ein anderes Verwaltungsratsmitglied einberufen.

² Zur Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrats ist die Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder erforderlich. Kein Präsenzquorum ist erforderlich für die Beschlussfassung des Verwaltungsrats über einen Kapitalerhöhungsbericht und einen Nachliberierungsbericht sowie für diejenigen Beschlüsse, die der öffentlichen Beurkundung bedürfen.

³ Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse und vollzieht seine Wahlen mit der absoluten Mehrheit der bei der Sitzung anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitz den Stichtentscheid. Abstimmungen und Wahlen erfolgen in der Regel offen, sofern nicht ein Mitglied die geheime Abstimmung verlangt.

⁴ Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse in der Regel an einer Sitzung mit Tagungsort. Beschlüsse können ausnahmsweise auch unter Verwendung elektronischer Mittel mit oder ohne Tagungsort oder für Entscheide von erhöhter Dringlichkeit auf schriftlichem Wege (Papier oder elektronisch) gefasst werden, sofern nicht ein Mitglied die mündliche Beratung oder die persönliche Anwesenheit verlangt.

⁵ Die Verhandlungen und Beschlüsse sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Vorsitzenden oder vom Vorsitzenden und von der protokollführenden Person zu unterzeichnen ist.

⁶ Jedem Mitglied des Verwaltungsrats steht das Auskunfts- und Einsichtsrecht im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu.

C. Ausschüsse des Verwaltungsrats

Art. 20

Vergütungs-
ausschuss

¹ Der Vergütungsausschuss besteht aus zwei bis vier Mitgliedern.

² Die Generalversammlung wählt die Mitglieder des Vergütungsausschusses einzeln. Wählbar sind nur die Mitglieder des Verwaltungsrats. Die Amtsdauer endet mit dem Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Eine Wiederwahl ist möglich. Der Verwaltungsrat wählt die Vorsitzende oder den Vorsitzenden. Sinkt die Anzahl Mitglieder unter die Anzahl von zwei Mitgliedern, wählt der Verwaltungsrat für die verbleibende Amtsdauer aus seiner Mitte die erforderlichen Ersatzmitglieder.

Art. 21

Aufgaben
des Vergü-
tungsaus-
schusses

¹ Der Vergütungsausschuss hat unter Berücksichtigung der von der Generalversammlung festgelegten Vergütungselemente folgende Aufgaben:

1. Erarbeitung der Vergütungsgrundsätze für Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder zur Genehmigung durch den Verwaltungsrat.
2. Festlegung der Anstellungsbedingungen der Mitglieder der Geschäftsleitung und der Leiterin oder des Leiters der internen Revisionsstelle.
3. Festlegung des Umfangs, der Bezugsbedingungen und der Sperrfristen für Aktienbeteiligungen.

4. Festlegung der Grundsätze der Erfolgsbeteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und des jährlich zur Verfügung stehenden Gesamtbetrages.
5. Vorbereitung des Vergütungsberichtes sowie der Anträge des Verwaltungsrats an die Generalversammlung betreffend die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung.

Der Verwaltungsrat kann dem Vergütungsausschuss weitere Aufgaben zuweisen.

² Der Vergütungsausschuss informiert den Verwaltungsrat über seine Tätigkeiten.

Art. 22

Prüf- und Risiko-
ausschuss

¹ Der Prüf- und Risikoausschuss besteht aus zwei bis vier Mitgliedern.

² Der Verwaltungsrat wählt die Mitglieder des Prüf- und Risikoausschusses aus seiner Mitte. Er wählt die Vorsitzende oder den Vorsitzenden.

³ Die Aufgaben und Kompetenzen des Prüf- und Risikoausschusses werden vom Verwaltungsrat festgelegt.

⁴ Der Prüf- und Risikoausschuss informiert den Verwaltungsrat über seine Tätigkeit.

Art. 23

Zeichnungs-
berechtigung

Der Verwaltungsrat bezeichnet die Personen aus seiner Mitte und ausserhalb derselben, welchen die rechtsverbindliche Unterschrift für die Gesellschaft zukommt, und bestimmt die Art und Weise, wie die Kollektivzeichnung für die Gesellschaft zu geschehen hat.

D. Geschäftsleitung

Art. 24

Aufgaben,
Befugnisse
und Man-
datsbe-
schränkung

¹ Der Geschäftsleitung obliegen die gesamte Führung der Geschäfte und die Vertretung der Gesellschaft nach aussen, letzteres vorbehältlich der Vertretungsbefugnisse des Verwaltungsrats.

² Das Organisations- und Geschäftsreglement umschreibt im Einzelnen die Aufgaben und die Befugnisse und die Organisation der Geschäftsleitung.

³ Jedes Mitglied der Geschäftsleitung darf nicht mehr als insgesamt fünf weitere Mandate bei Unternehmen wahrnehmen, wovon höchstens eines bei einem börsenkotierten Unternehmen. Davon ausgenommen sind Mandate, welche sie im Auftrag der Gesellschaft ausüben. Mandate sowie Nebenbeschäftigungen bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrats.

⁴ Als Mandat gelten Tätigkeiten in obersten Leitungs- und Verwaltungsorganen von Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck. Mehrere Mandate in verschiedenen Unternehmen, die zu einer Unternehmensgruppe gehören, zählen als ein Mandat.

E. Revisionsstelle

Art. 25

Wahl der Revisionsstelle

Die Generalversammlung wählt auf die Dauer von einem Jahr eine Revisionsstelle, welche die gesetzlichen Erfordernisse hinsichtlich fachlicher Qualifikation und Unabhängigkeit erfüllt.

Art. 26

Aufgaben der Revisionsstelle

Die Aufgaben der Revisionsstelle bestimmen sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

IV. Vergütungen an den Verwaltungsrat und an die Geschäftsleitung

Art. 27

Genehmigung der Vergütung

¹ Der Verwaltungsrat legt der Generalversammlung jährlich gesondert den Gesamtbetrag der Vergütung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung für die kommende Zeitperiode zur Genehmigung vor. Der Verwaltungsrat kann Teile der Vergütung erst im Nachhinein oder für andere Zeitperioden zur Genehmigung vorlegen.

² Die Vergütung kann von der Gesellschaft oder ihren Konzerngesellschaften für Tätigkeiten bei der Gesellschaft oder ihren Konzerngesellschaften ausgerichtet werden.

³ Falls die Generalversammlung einen Gesamtbetrag nicht genehmigt, kann der Verwaltungsrat neue Anträge stellen oder eine ausserordentliche Generalversammlung einberufen.

⁴ Werden nach dem Genehmigungsbeschluss der Generalversammlung neue Mitglieder der Geschäftsleitung ernannt und reicht der genehmigte Gesamtbetrag nicht aus, steht ein einmaliger Zusatzbetrag von maximal der Hälfte des für die Geschäftsleitung genehmigten Gesamtbetrages zur Verfügung. Nachteile, die aufgrund des Stellenwechsels eines ernannten Mitglieds entstehen, können zusätzlich entschädigt werden.

Art. 28

Gesamtbetrag der Vergütung

¹ Der Gesamtbetrag der Vergütung wird nach den im Vergütungsbericht dargestellten Grundsätzen berechnet.

² Die Vergütung an den Verwaltungsrat besteht aus einer bestimmten Geldsumme und einer bestimmten Anzahl an Aktien der Gesellschaft.

³ Die Vergütung an die Geschäftsleitung setzt sich aus einem fixen und einem variablen Teil zusammen. Der fixe Teil besteht aus einer bestimmten Geldsumme und einer bestimmten Anzahl an Aktien der Gesellschaft. Der variable Teil wird durch den Vergütungsausschuss festgesetzt. Er orientiert sich an den strategischen Zielen der Gesellschaft, an Zielen der Risikopolitik sowie an der Erreichung von individuellen Leistungszielen. Grundlage der Vergütung ist in der Regel das Geschäftsjahr.

⁴ An Mitglieder des Verwaltungsrats dürfen Darlehen und Kredite zu marktüblichen Konditionen ausgerichtet werden. Für Mitglieder der Geschäftsleitung gelten die Konditionen des Bankpersonals.

Art. 29

Verträge mit Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung

¹ Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats wird für die Dauer der jährlichen Amtsperiode festgelegt.

² Die Gesellschaft kann mit Mitgliedern der Geschäftsleitung unbefristete Arbeitsverträge mit einer Kündigungsfrist von maximal zwölf Monaten abschliessen.

³ Die einmalige Vergütung für ein nachvertragliches Konkurrenzverbot ist zulässig, wenn diese geschäftsmässig begründet ist und die Entschädigung hierfür den Betrag nicht übersteigt, den das Mitglied der Geschäftsleitung in den letzten drei Geschäftsjahren im Durchschnitt erhalten hat.

V. Rechnungslegung, Gewinnverwendung

Art. 30

Geschäfts-
jahr, Bilanzie-
rungs-
grundsätze

- ¹ Das Geschäftsjahr endet jeweils am 31. Dezember jedes Jahres.
- ² Die Jahresrechnung wird nach den Vorschriften des schweizerischen Obligationenrechts sowie des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen erstellt. Falls eine Konzernrechnung erforderlich ist, wird diese nach denselben Vorschriften erstellt.

Art. 31

Verwendung
des Bilanzge-
winns

Die Generalversammlung beschliesst unter Vorbehalt zwingender Gesetzesbestimmungen frei über die Verwendung des Bilanzgewinnes der Gesellschaft.

VI. Auflösung und Liquidation der Gesellschaft

Art. 32

Verlust eines
Teils des Ak-
tienkapitals

Ergibt sich aus der letzten Jahresrechnung, dass die Aktiven abzüglich der Verbindlichkeiten die Hälfte der Summe aus Aktienkapital, nicht an die Aktionäre zurückzahlbarer gesetzlicher Kapitalreserve und gesetzlicher Gewinnreserve nicht mehr decken, so ergreift der Verwaltungsrat Massnahmen zur Beseitigung des Kapitalverlusts. Er trifft, soweit erforderlich, weitere Massnahmen zur Sanierung der Gesellschaft oder beantragt der Generalversammlung solche, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Art. 33

Auflösung
und Liquidation
der Gesellschaft

¹ Die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft erfolgt nach den Bestimmungen des schweizerischen Obligationenrechts mit dem Vorbehalt, dass die Liquidatorinnen und Liquidatoren berechtigt sein sollen, die Immobilien eventuell freihändig zu veräussern.

² Im Falle der Auflösung der Gesellschaft besorgt der alsdann im Amt befindliche Verwaltungsrat die Liquidation, wenn die Generalversammlung nicht einen gegenteiligen Beschluss fasst.

³ Während der ganzen Dauer der Liquidation bleiben die Befugnisse der Generalversammlung in Kraft, jedoch mit der in Artikel 739 Absatz 2 OR genannten Einschränkung. Sie hat namentlich das Recht, die Liquidationsrechnung zu genehmigen.

VII. Bekanntmachung

Art. 34

21 ¹ Die Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionärinnen und Aktionäre sowie die Bekanntmachungen erfolgen im Schweizerischen Handelsamtsblatt.

² Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionärinnen und Aktionäre können zusätzlich brieflich oder elektronisch an die im Aktienbuch zuletzt eingetragene Adresse der Aktionärin und des Aktionärs bzw. Zustellungsbevollmächtigte und Zustellungsbevollmächtigten erfolgen oder in einer anderen Form, die der Verwaltungsrat für angemessen hält.

Art. 35

Inkrafttreten Die Statuten wurden von der FINMA am 19. Januar 2024 genehmigt.

Diese revidierten Statuten wurden an der Generalversammlung vom 21. Mai 2024 genehmigt.

Die Statuten ersetzen die bisherigen und treten mit der Eintragung ins Handelsregister in Kraft.

Bern, 21. Mai 2024

Namens der Generalversammlung:

Die Verwaltungsratspräsidentin:

Der Vizepräsident des Verwaltungsrats:

Antoinette Hunziker-Ebnetter

Prof. Dr. Christoph Lengwiler